

gezielte Objektförderung unterstützt werden muss. Auf diese Weise kann nicht nur der institutionelle Rahmen am Finanzmarkt selbst, sondern auch auf anderen Märkten dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung des Staates zu stabilisieren. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Entwicklung der staatlichen Verantwortung (siehe Anhang Abbildung 2) – entnommen, aus der Frage nach aktiven wohnungspolitischen Maßnahmen zur Erzielung von leistbarem Wohnen – wird deutlich, dass in den europäischen Staaten auch auf dieser Ebene die Marktkontrolle zunimmt und die staatliche Leistungsbereitschaft abnimmt. Kombiniert man in der Folge das Niveau der staatlichen Leistungsbereitschaft mit den Kosten für Wohnraum, so wird deutlich, dass Tendenzen zu steigender marktlicher Kontrolle und geringerer staatlicher Verantwortung auch in steigenden Wohnkosten münden. Eine postkeynesianische Alternative muss daher auch in diesem Fall eine starke staatliche Verantwortung im Sinne eines aktiven *Big Government* propagieren.⁴⁸

7. Fazit und Ausblick

Bietet der Postkeynesianismus nun konkrete und durchgängige Alternativen zur gängigen Wirtschaftspolitik? Die Antwort angesichts der dargestellten Argumentationslinie der postkeynesianischen Wirtschaftstheorie muss lauten: ja.

Warum hat dann die postkeynesianische Theorie das sich durch die Wirtschaftskrise scheinbar öffnende Fenster zu einem wirtschaftspolitischen Umbruch nicht nutzen können? Schließlich wurden, wie dargestellt, postkeynesianische Ökonomen wiederentdeckt und von standardökonomischen Theoretikern reflektiert.

Die Antwort darauf kann keineswegs vollständig sein, doch lassen sich bei der Reflexion der postkeynesianischen Theorie Gründe dafür finden: Zum einen stellt die postkeynesianische Theorie alternative Antworten zur gängigen Wirtschaftstheorie dar, die aufgrund der theoretischen Grundlagen nach individuellen Antworten suchen und nicht unmittelbar immer die gleiche wirtschaftspolitischen Rezeptur zeigen. Damit ist die Schlagkraft verringert, doch bei genauer Betrachtung lassen sich auch den postkeynesianischen Fundamenten leicht konkrete Lösungen für spezifische Probleme finden. Dieses standardökonomische Vorurteil ist daher nicht belegbar.

Dennoch konnte sich die postkeynesianische Alternative bisher nicht nachhaltig in der internationalen Wirtschaftspolitik etablieren.

Ein weiterer Grund dafür liegt auch in der in sich geschlossenen und über mittlerweile einige Dekaden andauernden standardökonomischen Übermacht in internationalen wirtschaftspolitischen Institutionen. Wie

oben in Abschnitt 2 verdeutlicht, fand sich der Postkeynesianismus demgegenüber immer in Opposition zum gängigen ökonomischen Mainstream, der sich auch über die Jahrzehnte gewandelt hat und persistente Kritikpunkte in die ökonomische Theorie aufgenommen hat. Gleichzeitig war die Forschung konzentriert, während sich im Rahmen des postkeynesianischen Ansatzes oft regional disperse Forschungseinheiten gebildet haben, die vielfach durch die jeweils eigenen regionalen und nationalen Fragestellungen determiniert waren und nicht an einer internationalen wirtschaftspolitischen Alternative gearbeitet haben. Ausdruck dessen waren auch die unterschiedlichen Forschungszentren und -schwerpunkte in den USA und Europa in den 1970er-/1980er-Jahren, die sich erst in den letzten Jahren wiederum verstärkt um eine internationale Verbindung kümmern.

Ein weiteres Argument besteht sicherlich auch in der Tatsache, dass die postkeynesianische Alternative eben genau eine in sich geschlossene Alternative darstellt, die sich nicht mit einzelnen Elementen in das gängige Paradigma eingliedern lässt, daher bedeutet die Umsetzung der Maßnahmen eine grundlegende Änderung der herrschenden wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Daher besteht die Hoffnung, dass durch eine starke, in sich geschlossene wirtschaftstheoretische und -politische Opposition angesichts der Ohnmacht des bestehenden ökonomischen *Mainstream*, die derzeitige Krise zu bekämpfen, mittelfristig ein abermaliges und längerfristiges Fenster für postkeynesianische wirtschaftspolitische Alternativen geöffnet wird.